

Gewalt an Kindern und Jugendlichen entschlossen entgegentreten!

Petition

An:

Frau Doris Rauscher MdL

Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie des Bayerischen Landtages

Herrn Thomas Huber MdL

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie des Bayerischen Landtages

Bayerischer Landtag

Maximilianeum
81627 München

9. April 2025

Petition „Gewalt an Kindern und Jugendlichen entschlossen entgegentreten!“

Sehr verehrte Frau Rauscher,
sehr geehrter Herr Huber,

als Petent*innen der vorgenannten Petition überreichen wir Ihnen diese und bitten Sie, diese nicht nur in den dafür vorgesehenen Gremien und Verfahren zu behandeln, sondern mit dem gebotenen Nachdruck zu unterstützen.

Zu lange wurden und werden die Betroffenen sexualisierter, körperlicher, psychischer, spiritueller und behördlicher Gewalt, nicht nur im Kontext der katholischen Kirche, von den Institutionen, in denen sich die Verbrechen ereignet haben, aber auch von der Politik mit ihrem Schicksal alleine und sich selbst überlassen. Wer meint, zur Beseitigung der eklatanten Missstände in diesem Bereich sei die Einrichtung von Beratungsstellen ausreichend, um der Not Gewaltbetroffener zu begegnen, dokumentiert damit im besten Fall mangelndes Problembewusstsein für die Situation dieser Menschen als Überlebende von multipler Gewalt. Dass Strukturen zur Bekämpfung von Gewalt in Institutionen auf Bundesebene, wie das Amt des/der UBSKM, die Unabhängige Aufarbeitungskommission und der Betroffenenrat, sowie die Einrichtung von Beratungsstellen auf Länderebene zwar unverzichtbar, aber für die Bewältigung der vielschichtigen Aufgaben völlig unzureichend sind, zeigen die zunehmenden Initiativen der Bundesländer zur Etablierung effektiver Maßnahmen mit dem Ziel, die Situation von Gewaltbetroffenen konkret zu verbessern. Neben den umfangreichen und als äußerst positiv zu qualifizierenden Aktionsplänen in Hessen und Rheinland-Pfalz sind vor allem die Aktivitäten des unionsgeführten Nordrhein-Westfalen hervorzuheben, das einen dem Landtag gegenüber berichtspflichtigen Landesbeauftragten für Kinderschutz gesetzlich verankern möchte, wie dies in Thüringen bereits geschehen ist. Vor diesem Hintergrund kann ein dringender und weitreichender Handlungsbedarf auch für den Freistaat Bayern nicht ernsthaft in Abrede gestellt werden.

Umso erfreulicher ist es, dass es gelungen ist, trotz Scheiterns der „Ampelkoalition“ das sogenannte „UBSKM-Gesetz“ durch Bundestag und Bundesrat zu verabschieden. Dass dies nicht zuletzt auch mit Stimmen der CSU-Landesgruppe im Bundestag und des Freistaates Bayern im Bundesrat geschehen ist, zeigt die Aufgeschlossenheit auch der bayerischen Mehrheitsfraktion für weitreichende und gesetzliche Maßnahmen zugunsten von Überlebenden institutioneller Gewalt. Darüber hinaus wird dadurch deutlich, wie dringend notwendig die Schaffung eines

dauerhaften rechtlichen Fundaments 15 Jahre nach Schaffung des Amtes der UBSKM nicht nur für dieses, sondern auch für die von der Petition intendierten Maßnahmen ist. Nur so erhalten die Strukturen die notwendige Beständigkeit, um eine möglichst breite Wirkung entfalten zu können. Auch wenn sich die Petition bewusst nicht auf eine konkrete Umsetzungsform beschränkt und festlegt und hier den parlamentarischen Beratungen nicht vorgehen möchte, spricht aus Sicht der Petent*innen und ihres Unterstützerkreises sehr viel für die Schaffung eines Bayerischen Aufarbeitungsgesetzes.

Gerne unterstützen wir den weiteren Verlauf des Petitionsverfahrens nach Kräften und stehen Ihnen für jede Form der Beteiligung an diesem mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Richard Kick

Betroffener, Sprecher des unabhängigen Betroffenenbeirats
in der Erzdiözese München und Freising

Dr. Robert Köhler

Betroffener, Mitgründer und einer der Vorstände des Vereins
Ettaler Misshandlungs- und Missbrauchsopfer

Benno Oberleitner

Betroffener, Vorsitzender des Betroffenenbeirats
der Landeshauptstadt München

Siegfried Lang

Betroffener, Sprecher Betroffenenbeirat Bistum Passau

Matthias Wünsche

Betroffener, Sprecher Betroffenenbeirat Bistum Bamberg, Mit-
glied UAK Bistum Bamberg

Dr. Elke Zehner

Betroffene, Mitglied des Betroffenenbeirats Würzburg

Ingrid Pollner

Betroffene, Betroffeneninitiative Süddeutschland

Gudrun Stifter

Betroffene

Dr. Lena Hofer

Betroffene